



Haushaltsrede des FDP - Fraktionsvorsitzenden Thomas Boos zum Haushalt 2012 der Stadt Dorsten am 27.06.2012 – es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
meine Damen und Herren, Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt,

„ Wer trägt wen?

Die Schultern eines Schulkindes sind nicht breit. Ab einer Körpergröße von 1,35 Meter können Kinder Lasten, wie einen Schulranzen, auf dem Rücken tragen. Das Ranzengewicht darf voll bepackt zehn Prozent des Körpergewichtes nicht überschreiten. Lehrer und Eltern sollten darauf achten, dass Kinder keine überflüssigen Bücher oder andere schwere Dinge einpacken. Bei Kindern befinden sich Knochen und Bindegewebe noch im Wachstum und sind nicht so stabil wie bei Erwachsenen. Tragen Kinder eine zu schwere Last, drohen Bildung eines Rundrückens, Arthrose der kleinen Wirbelgelenke oder Bandscheibenvorfälle.

Wir achten darauf, dass dieses Kind den richtigen Schulranzen bekommt, einen mit weichen Trageriemen, die nicht in die Haut einschneiden. Und dennoch hat das Kind, das gerade nur zehn Jahre alt ist, eine schier untragbare Last auf dem Rücken. Während es noch auf dem Schulweg ist, ist es bereits verschuldet. Ehe es noch gelernt hat, was einen Sozialstaat auszeichnet, ist seine Lebensarbeitszeit verplant für die Unterstützung der Erwachsenen.(...) Diese Kinder werden, wenn sie groß sind, durch die Vielzahl der „Schulden“, die wir ihnen aufgebürdet haben, in dem Gefühl einer permanenten, gleichsam ererbten Überforderung leben.“

Aus : Frank Schirrmacher, Minimum, München 2006

Nichts hat uns in diesem Hause in den letzten Wochen, Monaten, wenn nicht sogar Jahren so sehr beschäftigt, wie die drückende Schuldenlast und dem damit verbundenen tief greifenden Verstoß gegen den Generationenvertrag. Seit den frühen neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, genau genommen seit 1993 ist das fragile Finanzsystem unserer Stadt aus den Fugen geraten. Explosionsartig hat sich die Schuldenlast entwickelt und wie selbstverständlich haben wir gemeinsam fast gebetsmühlenartig nach Schuldigen gesucht. Wir alle haben an dieser Stelle, und ich schließe mich darin ausdrücklich ein, nach Ursachen geforscht, sie sicherlich zu Recht in Land und Bund gesucht und auch gefunden, aber am Ende des Tages die Schuldenfalle nicht aufhalten können.

Die Medien waren und sind in dieser Zeit ebenfalls voll von Berichten über die schier aussichtlose finanzielle Situation der Kommunen.

14. Februar 2011 „Städte so hoch verschuldet wie nie“ (Zeit online)

26. November 2011 „Kurz vor Schluss“ (Zeit online)

18. Februar 2012 „Die Schulden führen Regie“ (Zeit online)

8. Mai 2012 „Die Zeitbombe der kommunalen Kassen“ (Rheinische Post online)

18. Juni 2012 „Kurzfristige Verschuldung kommt NRW-Kommunen teuer zu stehen“. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung)

Die Reihe ließe sich beliebig fortführen. So gut wie jede renommierte deutsche Zeitung beschäftigte sich in ähnlicher Form mit dem gleichen Thema. Und die Wirtschaftszeitschrift Capital titelte sogar in Anlehnung an Günther Wallraff schon in ihrer Ausgabe 4/2010 „Ganz unten“ fast abgesangartig über die Abgründe kommunaler Selbstverwaltung und Verschuldung.

Und das alles geschieht vor dem Hintergrund der größten Finanzkrise in Europa. Schwierige Zeiten für Kommunalpolitiker. Aber vielleicht trifft auch auf uns die bittere Erkenntnis zu, die Dorothea Siems in der „Welt“ Michael Eilfort, dem Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft zuschreibt: „Bevor wir andere Staaten retten, sollten wir uns erst einmal selbst retten – vor uns selbst“. - Zitat Ende -

Wir waren und sind nicht schuldlos an dieser Misere. Und sich einzugestehen, dass es eines Stärkungspaktes Stadtfinanzen durch das Land NRW bedarf, um uns zum Schuldenabbau und Haushalten im klassischen Sinne zu zwingen, hat schon etwas Bitteres. Und dennoch, dass wir heute einen Haushaltsanierungsplan vorliegen haben, der uns zumindest perspektivisch aus der Schuldenfalle und der damit verbundenen Zinslast hinausführt, ist ein erster Schritt und muss uns alle aufatmen lassen, denn nichts ist bedrückender, nichts ist so düster wie die drohende Überschuldung, und dem damit verbundenen Ende sich selbst verwaltenden, kommunalen Handelns. Auf Dauer immer weiter fortschreitende kreditfinanzierte Zinslasten bedeuten den Untergang, den sich keiner von uns wünscht. Die Formel keine Schulden = keine Zinsen wird am Ende ihre Wirkung zeigen.

Für diesen ersten Schritt, liebe Kolleginnen und Kollegen, sei an dieser Stelle der gesamten Verwaltung und insbesondere der Kämmerei unter Leitung unseres Kämmers Herrn Große-Ruiken ein Dank ausgesprochen für die enorme Arbeit, die sich in dem vorgelegten Zahlenwerk verbirgt.

Aber, meine Damen und Herren, für die FDP Fraktion und ich denke, ich kann sagen, dies gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen der CDU Fraktion, ist der vorgelegte Plan in der Tat ein erster Schritt, dessen Weg in die wohl größten Steuererhöhungen der Nachkriegszeit in dieser Stadt keinen Automatismus darstellt. Wir meinen es ernst damit auch unter Berücksichtigung der sich verändernden Rahmenbedingungen, wie dem demografischen Wandel, nicht mehr finanzierbare Strukturen zu hinterfragen und gegebenenfalls zu verändern. Aus diesem Grund schlagen wir Ihnen heute vor gemeinsam mit allen Fraktionen in diesem Haus und der Verwaltung in einer Kommission sich in den nächsten Monaten die Zeit zu nehmen, die notwendig ist, Strukturen zu hinterfragen, anzupassen und neue Wege zu gehen, denn, wie schreibt Herrmann Hesse: „... jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. Der uns beschützt und der uns hilft, zu leben.“ - Zitat Ende -

Aber eben nur ein Anfang...

In der Kürze der Zeit mit den geringen Beratungsmöglichkeiten war weder die Verwaltung noch die Politik in der Lage den „Stein des Weisen“ vorzulegen und diesen auch noch zu erklären. Das hat wohl auch niemand erwarten können. Um so wichtiger wird es sein, der Kommunalaufsicht gegenüber glaubhaft zu machen, dass wir in unseren weiteren Bemühungen nicht nachlassen werden, den einmal eingeschlagenen Weg kreativ und ernsthaft weiter zu verfolgen. Ich möchte an dieser Stelle ganz bewusst, wie bisher auch darauf verzichten einzelne Maßnahmen aus den Listen A und B hervorzuheben. Wir werden dies in aller Ruhe, aber auch mit Nachdruck gemeinsam mit den Menschen in unserer Stadt diskutieren.

Meine Damen und Herren,

Wir wissen, dass wir die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt in den nächsten Jahren weit über das erträgliche Maß belasten werden, um sie auf Dauer in ferner Zukunft zu entlasten. Hierzu dient die, wenn auch rechtlich nur schwierig einzufordernde kommunale Schuldenbremse, wie wir Sie Ihnen heute gemeinsam vorschlagen.

Die Frage, die Professor Dr. Horst Zimmermann, einer der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Finanzen schon im Jahre 2006 in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ in einem sehr empfehlenswerten Aufsatz gestellt hat, nämlich „Kommunale Verschuldung – Wozu?“ bekommt vor diesem Hintergrund eine sehr realitätsnahe Bedeutung. Zimmermann vertritt dabei zu recht die These, dass eine Verschuldung der Kommunen nur eine Ausnahme sein kann und nicht den Regelfall bei der Erfüllung der Daseinsvorsorge darstellen darf. Ein Verbot kommunaler Schulden löse sogar eine größere Verantwortung in Land und Bund aus bei der Erfüllung kommunaler und damit weitestgehend sozialer Aufgaben aus. Die Frage der Soziallasten bekäme dadurch eine völlig neue Bedeutung. Die Beschränkung der „Verführbarkeit der Politik“ in Hinsicht der „Schuldenillusion“, also der Tatsache immer wieder auf „zusätzliche Ausgaben“, die dann wieder mit neuen Krediten finanziert werden, zu schießen, ist ein sinnvolles Ziel, dass durch eine sich selbst verpflichtende Schuldenbremse angestrebt werden kann.

Mit offenen Augen in eine Neuverschuldung zu rennen, dies muss ab heute ein Ende haben. Das ist das Signal, das wir heute aussenden und gleichsam das Versprechen, dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern geben, niemals mehr so zu „haushalten“ wie in den zurückliegenden Jahrzehnten.

Es ist auch eine Frage der Tugend, sich als Politiker nicht an der Verteilung von Wohltaten, sondern an der sparsamen Verwaltung der Finanzressourcen, messen zu lassen. Nicht alles, was als Angebot an die Bürgerinnen und Bürger möglich ist, ist auch auf Dauer erstrebenswert und bezahlbar. Nein zu sagen zu immer wieder aufkeimenden Begehrlichkeiten nach Innen und nach Außen ist in Zukunft die Tugend, die wir beherrschen müssen. Wir werden eine neue Kultur der Bescheidenheit entwickeln müssen, die es uns erlaubt wieder den Gestaltungsspielraum zurück zu gewinnen, der für ein lebendiges Gemeinwesen notwendig ist.

Es mag richtig sein, bestimmte Bereiche, wie den Jugend- und Bildungsbereich sehr behutsam zu betrachten und Veränderungen so verträglich zu gestalten, wie es richtig erscheint, aber auch hier müssen die Entwicklungen der sich verändernden Gesellschaft zur Kenntnis genommen werden. Die Erarbeitung der dafür notwendigen Konzepte, sei es beim Angebot von Sport-, Spielplatz- oder Gemeinbedarfsflächen wird uns in Zukunft intensiv beschäftigen. Ich bin jedoch außerordentlich froh darüber, dass sich hinsichtlich des Bildungsangebotes in unserer Stadt ein breiter Konsens darüber abzeichnet den Realitäten ins Auge zu schauen.

Meine Damen und Herren,

zu glauben, es sei im philosophischen oder vielleicht auch nur im politischen Sinne gerecht, die Menschen in unserer Stadt mit scheinbar alle gleich treffenden Steuererhöhungen in hohem Maße an der Verringerung der Schuldenlast zu beteiligen, ist aus meiner Sicht eine recht einseitige Betrachtung und falsch verstandene Einforderung von solidarischem Handeln. Wer dies zur Grundlage einer solidarischen Gesellschaft macht und gleichsam in vielen Bereichen unseres Kultur- und Sportangebotes den Subventionsbetrieb auf Dauer in scheinbar bewährter Form aufrecht erhalten will, muss dies auch den Menschen erklären können. Gerechtigkeit ist eine Medaille mit zwei Seiten.

Für die alten Griechen Platon und Aristoteles war die Gerechtigkeit verbunden mit der Forderung an den Menschen sich rechtschaffen gegenüber anderen zu verhalten. Sein Verhalten und seine Ansprüche zu überdenken. Manch liebgewordene Inanspruchnahme von Angeboten muss hinsichtlich der damit zusammenhängenden Gebühren ebenfalls überdacht werden. Wer von der Gesellschaft solidarisches Handeln einfordert, muss bereit sein, da wo er Angebote in Anspruch nimmt, dies nach seinen Möglichkeiten ebenfalls zu tun.

Die FDP Fraktion ist sich Ihrer gesellschaftlichen und politischen Verantwortung bewusst. Aus diesem Grunde werden wir der Haushaltssatzung 2012 der Stadt Dorsten sowie dem Haushaltsanierungsplan 2012 - 2021 unter Berücksichtigung des gemeinsamen Antrages der, CDU und FDP Fraktionen zustimmen. Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht wie vermutlich alle Fraktionen in diesem Hause. Der Tatsache, dass wir bis zum heutigen Tage keine konkreten Änderungsanträge zu dem Gesamtpaket gestellt haben, liegt auch an der Systematik der Abhängigkeit der einzelnen Maßnahmen zueinander. Diese Abhängigkeiten zu entflechten bedarf mehr Zeit zur Beratung. Diese werden wir uns in den nächsten Wochen hoffentlich gemeinsam nehmen. Die Menschen erwarten dies von uns.

Bei der Vorbereitung zu der heutigen Rede, habe ich meine Haushaltsrede vom letzten Jahr noch einmal kritisch gelesen und hinterfragt. Ich würde heute jeden Satz erneut so schreiben und unterstreichen. Alle von mir dort aufgestellten Thesen gelten auch heute noch. Erlauben Sie mir jedoch an dieser Stelle auf der Basis der heutigen Ausführungen eine vierte These hinzuzufügen, die sich aus dem bereits Gesagten ableitet.

These 4 Der sparsame Umgang mit kommunalen Ressourcen und die ehrliche Selbsteinschätzung der eigenen Möglichkeiten wird in Zukunft wieder stärker zur Tugend unseres Handelns erhoben werden müssen.

Das Festhalten an überkommenden Strukturen wird uns in Zukunft nicht mehr gelingen.

Meine Damen und Herren,

erlauben Sie mir Ihnen auch heute trotz der schwierigen Entscheidung, die vor uns liegt, oder vielleicht gerade wegen dieser schwierigen Entscheidung am Ende meiner Rede eine kurze Geschichte des Schweizer Pädagogen und Sozialreformers Johann Heinrich Pestalozzi vorzutragen.

„Das kranke Bäumchen“

Sein Vater hatte es gepflanzt – es wuchs mit ihm auf, es liebte es wie eine Schwester und wartete seiner wie seiner Kaninchen und seiner Schäfchen.

Aber das Bäumchen war krank; täglich welkten seine Blätter. Das gute Kind jammerte; riss ihm täglich die welkenden Blätter von seinen Zweigen und goss dann auch täglich gutes, nährendes Wasser auf seine Wurzeln.

Aber einmal neigte das leidende Bäumchen seinen Gipfel gegen das liebende Kind und sagte zu ihm: »Mein Verderben liegt in meinen Wurzeln; wenn du mir da hilfst, so werden meine Blätter von selbst wieder grünen. «

Da grub das Kind unter das Bäumchen und fand ein Mäusenest unter seinen Wurzeln.

Johann Heinrich Pestalozzi, 1746 - 1827

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.